Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 25-26

Artikel: Nach dem Sturze Modibo Keitas in Mali : war ihm die Mässigung fatal?

Autor: Lefert, Jacques

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076607

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nach dem Sturze Modibo Keitas in Mali

War ihm die Mässigung fatal?

Zweieinhalb Jahre nach dem Sturze Nkrumahs in Ghana ist in Schwarzafrika wieder eine Linksdiktatur gescheitert. In Mali wurde Modibo Kelta von der Armee abgesetzt. Aber im Unterschied zu Nkrumah, der mitten im galoppierenden Grössenwahn vom Sattel gerissen wurde, hatte Modibo Keita in der letzten Zeit eine behutsame Wendung zu wirtschaftlicher und politischer Vernunft angefangen. Die Gefahren schienen ihm darnach von den orthodox-kommunistischen Funktionären einerseits und von den revolutionären Jungtürken mit ihren paramilitärischen Organisationen anderseits zu drohen. Aber entthront hat ihn die reguläre Armee.

Acht Jahre sind bereits vergangen seit jener weltgeschichtlichen Epoche, da eine grosse Anzahl afrikanischer Kolonien zu unabhängigen Staatsgebilden wurden. Mauretanien, Senegal, Mali, Ober-Volta, Elfenbeinküste, Togo, Dahomey, Nigeria, Niger, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Kongo-Brazzaville, Kamerun, Gabun, Kongo-Kinshasa (ehemals Léopoldville), Madagaskar und Somalia sind seither zu politischen Begriffen geworden, mit eigenem Gewicht, mit eigenen Problemen, mit eigenen Bedeutungen.

Die auf ein politisch unabhängiges Leben völlig ungenügend vorbereiteten Staaten stellten durch ihre blosse Entstehung im Zwischenfelde der Grossmächte nun plötzlich eine gähnende Leere dar, welche, dem Naturgesetz gehorchend, eine grosse Anziehungskraft auf die expansionsdurstigsten Kräfte ausüben musste. Die Entkolonialisierung, die Erlangung der Unabhängigkeit war ja ein Phänomen des Zurückziehens, des «Zusammenschmelzens» jener Kräfte, die noch vor wenigen Jahrzehnten zu den starken Kolonialmächten der Welt gezählt hatten. Grossbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande waren von den Kriegsanstrengungen erschöpft und sahen sich gezwungen, ihr Dasein erneut auf ihr eigenes Zentrum zu konzentrieren. Aber zum Teil waren sie (oder dachten sie sich) auch dazu gezwungen, weil die Sowjetunion nun ihren Anspruch und ihre Anmassung auf die Durchführung der weltrevolutionären Ziele immer lauter geltend machte und hierzu die Kolonien als hervorragende Instrumente gebrauchte.

Es den Kolonialisten mit ihren Feinden zeigen

So ist es nicht verwunderlich, dass bald nach den zahlreichen Unabhängigkeitserklärungen des «afrikanischen Jahres», wie man 1960 genannt hat, mehrere junge Staaten, besonders diejenigen, die mit der kolonialen Vergangenheit endgültig brechen und abrechnen wollten, ihre frischgebackene Unabhängigkeit vor aller Welt damit bekundeten, dass sie Beziehungen zu anderen Staaten nach ihren eigenen Wünschen anknüpften, wobei den Beziehungen zu kommunistischen Staaten, den Feinden ihrer gestrigen Unterdrücker, ein besonderer Platz beschieden war.

In den meisten dieser Staaten lag die bestehende Macht anfänglich ausschliesslich in den Händen der Regierungen, und die Privatinitiative hatte praktisch keine Entfaltungsmöglichkeit. Die meisten Regierungen sahen ein, dass es noch nicht darum gehen konnte, von den Früchten der Arbeit zu leben, sondern erst darum, gemeinsam an der Geburt eines Landes hart zu arbeiten. So setzten sich viele dafür ein, sozialistisches Gedankengut den afrikanischen Verhältnissen anzupassen und zu verbreiten.

Diesen Regierungen schien es, dass Industrien und überhaupt fast alle Produktionsmittel nationalisiert sein sollten, wolle man sich nicht zum vorneherein in einen Konkurrenzkampf stürzen, welche ohne wirtschaftliche Disziplin unwiderruflich zum eigenen Verderben führen müsse.

In diese Kerbe schlug sogleich die Sowjetunion, auf sich selber zeigend: «Seht mal, wie weit wir es in vierzig Jahren gebracht haben!» Freilich sind die verschiedenen Deutungen, denen der Sozialismus in Afrika unterzogen wurde, der Sowjetunion ein schmerzhafter Dorn im Auge: seien es die Erklärungen des Poeten-Präsidenten Senghors von Senegal, seien es die Auffassungen eines Habib Bourguiba von Tunesien, eines Kenyatta von Kenia oder eines Nyerere aus Tanzania.

Um so mehr galt die Zuneigung der Sowjetunion jenen Ländern, die sich zum marxistisch-leninistischen Glauben bekannten, so etwa in Westafrika Ghana, Guinea und Mali, welche Länder im überschwenglichen Enthusiasmus der Unabhängigkeitserlangung sich für kurze Zeit zu einer «Wirtschaftsunion» zusammenfanden.

Warum putschen die Armeen Afrikas? Weil nur sie das häufige Putschbedürfnis stillen können

Es ist schwer zu sagen, was letzten Endes den Sturz von Ghanas Kwame Nkrumah (zur Zeit seines Aufenthaltes in Peking im Februar 1966) herbeigeführt hat. Ganz allgemein kann man sagen, dass er und seine nächsten Mitarbeiter sich einem so selbstherrlichen Wahn ergeben hatten, der auf die Dauer nicht mehr das geringste zu tun hatte mit den Realitäten des täglichen Lebens und unerträglich wurde. Diejenigen Leute, die da nun etwas unternehmen konnten, das waren die Militärs, die Armee. Die Armeeputsche in Afrika rühren nicht etwa von einem weitverbreiteten Hang zum Militarismus her, sondern einfach daher, dass die Armee die einzige Kraft ist, welche neben der Regierung etwas unternehmen kann. Demokratie, Parlament, Parteien sind lauter Begriffe, die bis jetzt oft ohne Inhalt sind; von dort her sind auf längere Sicht noch keine Handlungen zu erwarten. Wir müssen uns immer wieder vor Augen halten, wie lange Zeit es gebraucht hat, bis die Demokratien des Westens mehr oder weniger vernünftige Staaten geworden sind. Deshalb sind ohne sonderlichen Pessimismus oder Fatalismus die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer als völlig normal anzusehen, was nicht heisst, dass man sie auf die leichte Schulter nehmen muss oder kann.

Ghana, nun unter der Militärdiktatur des Generals Ankrah, geht allmählich wieder einem zivilen Regime entgegen. Wahlen sind auf den 30. September 1969 angekündigt, und bereits werden die Namen der möglichen Kandidaten zur Präsidentschaft und zum Posten des ersten Ministers angeführt.

In einem anderen afrikanischen Land, das einem militärischen Regime untersteht, in Kongo-Kinshasa, sind allgemeine Wahlen für das Jahr 1970, das heisst beim Ablauf der von Präsident Mobutu angesagten Periode der Militärherrschaft von fünf Jahren, angesagt.

Malis Hochflug in den Sozialismus . . .

Aber zurück zu unseren «sozialistischen» Staaten. Ein anderes dieser Regimes, das von Modibo Keita in Mali, ist am 18. November gestürzt worden. Auch hier haben die Militärs (unter Leitung eines Moussa Traore) das Ruder an sich gerissen und gleich von Anfang an ein demokratischeres Regime mit vorangehenden Wahlen versprochen.

Vor acht Jahren war Modibo Keita zum Präsidenten der damals (zwischen Senegal und dem ehemaligen Französisch-Sudan) gegründeten Mali-Föderation bestimmt worden, neben L. S. Senghor, der die Präsidentschaft der Bundesversammlung innehatte. Schon im gleichen Jahr, im August 1960, war die Föderation wieder aufgelöst worden, worauf Senghor zum Präsidenten Senegals berufen wurde und Modibo Keita zum Präsidenten Malis.

Von da an — und weil Modibo Keita das Gefühl gehabt hatte, vom Westen, und besonders von Frankreich, fallengelassen worden zu sein, weil er ferner auch auf das Beispiel Guineas mit einigem Neid blickte — lenkte Keita sein Land auf einen deutlich marxistischen Kurs, was in Moskau — und in China — auf grosses Interesse stiess. Die Russen verstanden es ausgezeichnet, ihre Propaganda auf afrikanisches Glauben und Denken zuzuschneiden, und es bleibt mir die Anekdote von einem schweizerischen Experten in Erinnerung, der eine sowjetische Ausstellung in der Gegend von Bamako (der Hauptstadt) besuchte: Unweit vom Fluss (Niger) deutete eine Tafel zum Ufer mit folgendem Wortlaut: «Machine à faire la pluie», worauf sich unser Berater neugierig dorthin begab und, etwas erstaunt, nach einigen Schritten vor einer schlecht funktionierenden Wasserpumpe mit kläglichem Wasserstrahl stand!

Bamako wurde mit kommunistischer Literatur überschwemmt. Eine Zeitlang hatte Mali den Ruf, dem kommunistischen Osten noch stärker verfallen zu sein als sein Nachbar Guinea.

. . . wurde zu einem Treten an Ort

Aber so vielversprechend diese Zusammenarbeit mit den grossen sozialistischen Brüdern erscheinen mochte, erwies sie sich dennoch als unbefriedigend. Die Produktion ging zusehends zurück. Hatte sich z. B. die Erdnussproduktion, die bis anhin wichtigste Produktion dieses Agrarlandes, 1959/60 auf 90 000 Tonnen belaufen, so waren es 1967 nur noch 40 000 Tonnen.

Jedenfalls streckte Modibo Keita nach und nach seine Fühler nach Senegal aus. Die Idee der Föderation war ja nicht aus der Luft gegriffen. Senegal hat bereits eine industrielle Produktion

und entsprechende Produkte zu verkaufen, während Mali wohl oder übel den nächstgelegenen Meerhafen, Dakar, für seine Exporte dringend braucht. Mit Dakar ist Mali über eine Eisenbahnlinie verbunden.

Die Zange der alten und neuen Linken . . .

1967 führte Keita sein Land wieder in die «Franc-Zone» ein, womit er ein schweres Hindernis für seinen Handelsaustausch aufhob. Aber diese Wiederannäherung an Senegal, diese Neuanlehnung an Frankreich und damit vermehrt an den Westen erregte den Unwillen der beiden Flügel der überzeugten Revolutionäre Malis. Modibo Keita, der offensichtlich wieder einem mittleren Weg zusteuerte, fand sich mehr und mehr im Kreuzfeuer der alten Garde einerseits, die sich als unfähig erwies, überlebte Begriffe und Vorstellungen abzulegen und sich moderneren politischen Erfordernissen zu widmen (so der Verlagerung des Interesses von ideologischen auf realpolitische Probleme), anderseits einer ungeduldigen Jugend, der Modibo Keita langsam als Verräter an der Sache der Revolution erschien. Diese Jugend, zusammen mit den Arbeitern, verzieh Keita seine «nichtproletarische Herkunft» nicht und behauptete, er könne deshalb die Massen nicht zum Sozialismus führen.

Modibo Keita: Zu sehr nach links gelächelt.

. . . wurde von der Rechten zugeklemmt

Dass Keitas Stellung gefährdet war, geht daraus hervor, dass gerade diese Möglichkeit im Lauf der letzten Monate mehrmals dementiert wurde. Im September dieses Jahres, als Keita zum ersten Male seit drei Jahren einen Monat Ferien in Sotschi am Schwarzen Meer verbrachte, erklärte die Zeitschrift «Jeune Afrique», man rede ja immer von einem möglichen Putsch in Mali: nun sei ja der günstigste Moment dagewesen, und trotzdem sei nichts vorgekommen!

Dennoch ist zwei Monate nachher Modibo Keita gestürzt worden, und es ist anzunehmen, dass die Armee, einen linksextremen Putsch fürchtend, diese Eventualität aus der Welt schaffen wollte. Die Behandlung Keitas in der nächsten Zukunft wird hierzu einen Hinweis verschaffen.

Man fragt nach Sékou Touré

Der Weg, den Nkrumah und nun auch Modibo Keita gehen mussten, lässt selbstverständlich nach der Lage der guineischen Revolution eines Sékou Touré fragen, der seine Originalität seinerzeit dadurch bekundete, dass er den abgesetzten «Erlöser» Ghanas, wie Kwame Nkrumah sich so gerne nennen hörte, nach dessen Sturz zum «Co-Präsidenten» Guineas erhob und ihm seither ein freilich immer schattiger werdendes Asyl gewährt.

Guinea, eines der «kleinen» Länder Afrikas, mit einer Fläche von 246 000 Quadratkilometer und etwas weniger als vier Millionen Einwohner, lenkte 1958 das Interesse der Welt auf sich, weil es als einzige französische Kolonie in der Referendumsfrage um die Bildung einer Frankreich und die Kolonien verbindenden «Communauté» mit einem Nein antwortete. Hierauf zogen alle Franzosen aus, alle Experten, alle Lehrer, alle Aerzte, und die kommunistischen Staaten, welche diese «mutige» Einstellung gegen den früheren Unterdrücker hochpriesen, sprangen noch so gerne ein. Seither sind zehn Jahre verflossen, und in dieser Zeit hat sich Sékou Touré dem kommunistischen Osten verschrieben, wobei er allerdings auch seine Erfahrungen sammeln musste, so 1962, als er sich gezwungen sah, den sowjetischen Botschafter Solod auszuweisen, der nicht so recht zu unterscheiden vermochte zwischen Entwicklungshilfe und Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes.

Diesen Hiatus wussten wieder die Chinesen auszuwerten, welche seither eine rege Tätigkeit in Guinea entwickeln und verschiedene kleinere Industriekomplexe bauten, so eine Zigaretten- und eine Zündhölzerfabrik und kürzlich ein Kino.

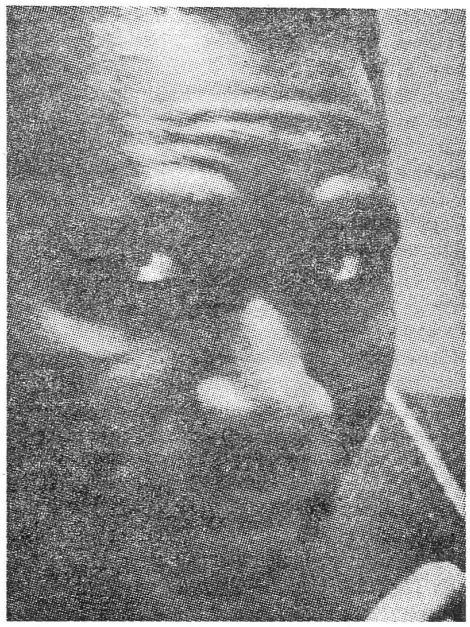
Ueberhaupt zeigt die Analyse der Handlungen Sékou Tourés, dass seine revolutionären Bekenntnisse allein dem Versuch entspringen, die Führung des Landes straff in seinen Händen zu halten. Es hindert ihn nichts daran, wichtige Rohstoffvorkommen seines Landes von amerikanischen Firmen und dank Darlehen von internationalen Bankkonsortien finanzieren und ausbeuten zu lassen, zur gleichen Zeit aber lange Tiraden gegen Imperialismus und Kolonialismus über die guineischen Massen ergehen zu lassen. Aber es ist zu sagen, dass diese Vokabeln heute bedeutend weniger in direkter Verbindung mit den Vereinigten Staaten gestellt werden als noch vor einigen Jahren.

Revolutionäre Vokabeln und Zwangswirtschaft

Dieses «Inganghalten» der Revolution stellt Sékou Touré vor schwierige Indoktrinationsaufgaben. Die einzige Zeitung des Landes, «Horoya», bringt jeden Tag seine ideologisch-propagandistischen Beiträge, worin die politischen Leitlinien der Einheitspartei «Parti démocratique de Guinée» von neuem definiert und festgelegt werden. War vor zehn Jahren Sékou Touré noch entschiedener *Gegner* des ideologischen Gedankens des Klassenkampfes, «nicht aus philosophischer Ueberzeugung, sondern aus dem Willen heraus, um jeden Preis die afrikanische Solidarität zu retten», so ist er seit dem 8. Kongress des PDG vom letzten Jahr feuriger *Verfechter* des Klassenkampfes, «einziges Mittel, um zur sozialen Gerechtigkeit zu gelangen!», was alsbald von sowjetischen Organen mit Bewunderung begrüsst worden ist.

Wie erklärt sich diese Wendung? Nun, vor vier Jahren sah sich Sékou Touré gezwungen, die Revolution mittels Notmassnahmen vor dem Untergang zu retten. Die Zwangswirtschaft und die politische Erfassung der Massen hat als Reaktion die «illegale» Initiative gefördert. Eine Schicht von erfindungsreichen Leuten sucht mit allen Mitteln die Gesetze zu umgehen, wobei ihre Ge-

(Fortsetzung auf Seite 12)



Sékou Touré: Was kommt?

Probealarm in Zanzibar

Von Ian Tickle

Am 20. November ereignete sich auf der Insel Zanzibar eine höchst seltsame politisch-militärische Demonstration. Zehn Stunden lang war der Ausnahmezustand über Zanzibar Town verhängt, doch als schon die Gerüchte über einen weiteren afrikanischen Staatsstreich ihren Weg in die Welt machten, kam die seelenruhig abgegebene offizielle Mitteilung, es handle sich um eine blosse Uebung, Vorbeugungsmassnahme gegen eine Wiederholung dessen, was am Tag zuvor einer andern Linksdiktatur des Kontinents zugestossen war: dem Regime von Modibo Keita in Mali.

Und die Situation kehrte tatsächlich zur Normalität zurück, als die zehn Stunden erst um waren. Von den Staatsstreichgerüchten blieb nichts mehr übrig als die Erinnerung vieler Zeugen an Maschinengewehr- und Luftabwehrfeuer, welches aus der Hafenregion her zu vernehmen gewesen war. Na ja, die Uebung war vielleicht realistisch gespielt worden. Noch eine Zeitlang hielten sich Berichte über die Landung von Truppen des festländischen Teiles Tanzanias auf dem Flughafen, aber das wurde später in einem abschliessend gemeinten Communiqué verneint. Bei dieser Gelegenheit vernahm man auch, dass der Oberbefehlshaber der Armee Tanzanias, Brigadier Sarakikya, die Notstandsmanöver beobachtet habe.

Es wird wahrscheinlich eine hübsche Zeit vergehen, bevor wir wissen, was an jenem 20. November 1968 in Zanzibar wirklich geschehen ist. Aber was es auch war, jedenfalls trug es sich in einer Atmosphäre allgemeiner Spannung zu, die auch der Führer der Insel, Scheich Abeid Karume, verschiedentlich erwähnt hat, ohne natürlich jeweils zu vergessen, sie auf neokolonialistische und imperialistische Machenschaften zurückzuführen.

Die Atmosphäre erklärt sich aus der jüngeren Geschichte. Im Januar 1964, nur wenige Tage, nachdem Zanzibar seine Unabhängigkeit erlangt hatte, kam es auf der Insel zu einer äusserst blutigen Revolution. Der Sultan wurde fortgejagt, die Afro-Shirazi-Partei ergriff die Macht, und Tausende von Angehörigen der herrschenden arabischen Schicht wurden ermordet. Die Afro-Shirazi, eine etwas vage Bezeichnung für die Bevölkerungsmehrheit Zanzibars, sind gemischter persischer und afrikanischer Herkunft und hatten seit langem in mottendem Hass auf die Araber gelebt.

Nun war die Afro-Shirazi-Partei schon zuvor von Kommunisten infiltriert gewesen, und mitten im Rassenterror, der unmittelbar auf die Revolution folgte, wurde die Insel von Vertretern kommunistischer Staaten unterschiedlicher Provenienz regelrecht überflutet. Vier Nationen stellten den Hauptharst: die Sowjetunion, China, Kuba und Ostdeutschland. Es stand so gut wie fest, dass Zanzibar ein kommunistischer Staat werden würde, eine Art afrikanisches Kuba.

Die Vereinigte Republik: Wer erwischte wen?

Dann kam der zweite Theatercoup: die Ankündigung aus Dar es Salaam, dass Tanganyika und Zanzibar sich zur Vereinigten Republik von Tanzania zusammengeschlossen hätten. Der Weltöffentlichkeit schien es zuerst, dass die kommunistische Infiltration von Zanzibar aus bereits auf das Festland übergegriffen habe.

Aber so einfach lag die Sache denn doch nicht. Vielmehr war die Initiative, so ergibt sie sich aus der Rückschau, von Tanganyika aus erfolgt. Präsident Julius Nyerere hatte sich offenbar entschlossen, jedes Opfer zu bringen, um das Aufkommen eines kommunistischen Regimes auf der benachbarten Insel zu verhindern. So entschied er sich für die Vereinigungspolitik.

Dafür hatte er freilich allerhand Zugeständnisse

Mali

(Fortsetzung von Seite 11)

winne als pure Ausbeutung ihrer Mitbürger ausgelegt werden. So wurden am 8. November 1964 eine Reihe Massnahmen ergriffen, die den Zweck hatten, dem Devisen- und Warenschmuggel ein Ende zu setzen. Hierbei wurden besonders die Kader aufs Korn genommen, Leute der Partei und in den Ministerien, die ihre Posten zu Geschäften auf Kosten des Volkes missbrauchten.

Vier Jahre sind seither vergangen, und der 10. Jahrestag der Unabhängigkeit stand unter dem Zeichen der Reaktivierung jener Massnahmen vom 8. November 1964. Zwölf Zusatzmassnahmen sind dazugekommen, welche die Bestrafung von «alkoholerheiterten» Volksvertretern sowie derjenigen Personen vorsieht, welche falsche Erklärungen in Nachlassangelegenheiten machen. Dazwischen reihen sich verschiedene Massnahmen, welche abermals Devisen- und Warenschmuggel stoppen sowie die Tätigkeit von fremden Firmen regeln — wenn nicht aufheben sollen.

In anderen Worten stammt das Bekenntnis zum Klassenkampf, welches Sékou Touré nun verherrlicht, aus diesem Zustand, der nach vier Jahren keineswegs behoben worden ist. Zum grössten Teil sind es Leute der Regierung und der obersten Organe der Partei, welche ihre Stellung ganz und gar nicht im revolutionären Sinn ausnützen, worüber sich Sékou Touré folgendermassen auslässt: «Die Revolution verteidigen heisst begreifen, dass das Volk sie nie verrät. Nirgends hat das Volk sie verraten. Verrat ist nur unter den Kadern möglich. Jede Regierung kann verraten, ein Staatschef kann verraten, höhere Militante können verraten, Dienstchefs können verräterisch sein, Volksvertreter können verraten, aber das Volk verrät nie, denn es handelt in eigener Sache.» («Horoya», 2. 8. 1968.)

Inzwischen ist aber Modibo Keita, der Freund von gestern, der neue Verbündete innerhalb des vergangenen Frühling gegründeten Regionalbündnisses OERS (Organisation der Etats riverains du Senegal), wozu Guinea, Mali, Mauretanien und Senegal gehören, gestürzt worden. Von einer Militärjunta ist in Bamako die Regierung des Landes übernommen worden.

Wie steht es nun mit der Armee in Guinea? Auch sie feierte anfangs November ihr zehnjähriges Bestehen. Und Sékou Touré kämpft mit den gleichen Uebeln seit mehreren Jahren. Steht auch hier ein Umschwung bevor? Es ist schwer zu sagen, und man bleibt lieber bei der Beobachtung der Realitäten. Es ist unverkennbar, dass Sékou Touré seit mehreren Jahren die Armee als wichtigstes Instrument zur Entwicklung des Landes bestimmt hat. Jedenfalls wurde in letzter Zeit oft auf diese soziale Aufgabe der Armee hingewiesen.

Die afrikanischen Länder, ob das proöstliche Guinea oder das prowestliche «Wunderland» Elfenbeinküste, kämpfen mit ungeheuren Schwierigkeiten. Allen ist zu wünschen, dass sie ihre Probleme so gut wie möglich lösen. Guinea, aus Treue zu sich selbst und dem eingeschlagenen Weg, denkt nicht von heute auf morgen daran, die östlichen Aerzte und Lehrer heimzuschicken. Auf die Dauer könnte es sich aber erweisen, dass die Hoffnungen der kommunistischen Staaten in keinem Verhältnis zu den Zielen und Möglichkeiten Guineas, sei es nun unter Sékou Touré oder unter einem anderen Führer, stehen. Die Wichtigkeit, welche Sékou Touré seinem Beitritt zur neuen regionalen Organisation beimisst, lässt seine starke Verwurzelung in diesem Teil Afrikas ermessen.

«Wie kommt man aus dieser Situation heraus?»

Schliesslich ist für Sékou Touré heute die Lösung des folgenden Problems massgebend: «Jedes Jahr arbeiten 80 Prozent der aktiven Bevölkerung während kaum sechs Monaten im Jahr mit Mitteln und archaischen Techniken, die nur ein Drittel der Ernte ermöglichen, welche man mit anderen Methoden haben könnte. Das heisst, dass Guinea jedes Jahr nur ein Sechstel von dem produziert, was es tatsächlich produzieren könnte. — Wie kommt man aus dieser Situation heraus?» («Horaya», 2. 10. 1968.)

Dass Sékou Touré sich der tiefen Probleme der Mentalitätsänderung bewusst ist, die hier einzig und allein Abhilfe bringen können, zeigt sich daran, dass er es unternommen hat, besonders auf die Mentalität, auf die Lebensart seiner Mitbürger einwirken zu wollen. In seinen revolutionären Ausdrücken verstrickt, hat er es aber nicht lassen können, diese neuen Anstrengungen mit Namen und Anstrich der chinesischen «Kulturrevolution» zu belasten. «Kulturrevolution» ist seit August 1968 in Conakry das grosse Wort. Aber diese Terminologie ist verheerend in einem Lande, das mehr als andere ganz praktischer und präziser Anleitungen bedarf. Deshalb ist es leicht vorauszusehen, dass die Kulturrevolution in Guinea das revolutionäre Gerede bloss noch etwas anschwellen lässt und in ein Nichts ausmünden wird.

Jacques Lefert